

Feld, Lars P.; Hassib, Joshua

Working Paper

Die Rolle der EU-Kohäsionspolitik für die Klimapolitik

Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 24/2

Provided in Cooperation with:

Institute for Economic Research, University of Freiburg

Suggested Citation: Feld, Lars P.; Hassib, Joshua (2024) : Die Rolle der EU-Kohäsionspolitik für die Klimapolitik, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 24/2, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik, Freiburg i. Br.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/300649>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Walter Eucken
Institut

Freiburger Diskussionspapiere
zur Ordnungsökonomik

Freiburg Discussionpapers
on Constitutional Economics

Die Rolle der EU-Kohäsionspolitik für die Klimapolitik

Lars P. Feld und Joshua Hassib
24/2

Walter Eucken Institut
Goethestraße 10
79100 Freiburg
www.eucken.de
wei-freiburg@eucken.de

universität freiburg

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Institut für Wirtschaftswissenschaften
Abteilung Wirtschaftspolitik und
Ordnungsökonomik

Die Rolle der EU-Kohäsionspolitik für die Klimapolitik

Lars P. Feld und Joshua Hassib*

Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Abstrakt

Die Kohäsionspolitik in der Europäischen Union (EU) ist weithin als Instrument zur Förderung des Aufholprozesses akzeptiert, d.h. zur Unterstützung von Mitgliedstaaten mit einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, um ein höheres Wirtschaftswachstum zu erzielen und so ähnlich hohe Einkommensniveaus wie Mitgliedstaaten mit einem höheren BIP pro Kopf zu erreichen. Empirische Studien liefern jedoch widersprüchliche Evidenz für den Erfolg der Strukturfonds in dieser Hinsicht. Aus politökonomischer Sicht werden die EU-Strukturfonds und ihre Instrumente der Kohäsionspolitik, aber auch die EU-Agrarpolitik, als Ausgleich für die Zustimmung ärmerer Mitgliedstaaten zu weiteren Schritten der europäischen Integration interpretiert. In jüngster Zeit hat die Klimapolitik Eingang in die Kohäsionsstrategie der EU gefunden, da höhere Energiekosten aufgrund der CO₂-Bepreisung die Umwandlung des bestehenden kohlenstoffintensiven in einen klimaneutralen Kapitalstock erforderlich machen könnten. Die Strukturfonds sollten daher bei der Umstellung auf die CO₂-Neutralität unterstützen, damit Mitgliedstaaten nicht ins Hintertreffen geraten. Ein Beispiel dafür ist Next Generation EU (NGEU), das auf den Übergang zur Klimaneutralität abzielt. In diesem Papier werden die Ziele der EU-Kohäsionspolitik den Notwendigkeiten der Klimapolitik gegenübergestellt, um den Klimawandel zu bekämpfen. Mögliche Konflikte und Synergien zwischen den Zielen der Kohäsionspolitik und der Klimapolitik werden aufgezeigt.

Schlüsselbegriffe: Kohäsionspolitik; Klimapolitik; Binnenmarkt; Währungsunion; Multi-Level-Governance; Europäische Union

JEL-Codes: F42; F55; Q58; R5

Korrespondenzadresse: Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Walter-Eucken-Institut
Goethestrasse 10
D-79100 Freiburg i.Br.
Deutschland
feld@eucken.de

* Die Autoren danken dem Bundesministerium der Finanzen für die finanzielle Unterstützung dieses Projekts.

1 Einführung

Im Vertrag über die Europäische Union verpflichtet sich die EU, "den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker (...) im Rahmen (...) eines verstärkten Zusammenhalts und des Umweltschutzes zu fördern." (European Commission, 2012).¹ Darüber hinaus zielt der European Green Deal (EGD), die übergreifende Klimastrategie der EU, darauf ab, bis zum Jahr 2050 netto null Kohlenstoff-Emissionen zu erreichen, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung zu entkoppeln und, interessanterweise, keinen Ort und keine Person zurückzulassen (European Commission, 2023e). Dies bedeutet, dass der Zusammenhalt zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Klimapolitik der EU tief verankert werden soll.

Neben mehreren anderen Herausforderungen setzt sich die EU sowohl in ihrer Kohäsions- als auch in ihrer Klimapolitik ehrgeizige Ziele. Die Kohäsionspolitik ist ein weithin akzeptiertes Instrument in der EU, um den Aufholprozess zu fördern, d.h. Mitgliedstaaten mit einem niedrigeren BIP pro Kopf zu helfen, wirtschaftlich schneller zu wachsen, um ein ähnlich hohes Einkommensniveau zu erreichen wie Mitgliedstaaten mit einem höheren BIP pro Kopf. Klimapolitische Reformen sind als Bedingungen in die EU-Strukturfonds aufgenommen worden, indem der Zugang zu den Fonds an Fortschritte bei den klimapolitischen Zielen geknüpft ist.

Im Grunde genommen werden also beide Ziele der EU, Kohäsion und Klima, im Rahmen desselben Ansatzes verfolgt. Wie passt das zusammen? Sind die Kohäsionsfonds erfolgreich, wird also beim Übergang zu einer klimaneutralen EU kein Mitgliedstaat und keine Region zurückgelassen? Erreicht die Klimapolitik ihre Ziele? Wie sieht die politische Ökonomie der Strukturfonds aus und was bedeutet das für die Klimapolitik? Dieses Papier zielt darauf ab, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Das Papier ist wie folgt gegliedert: In den Abschnitten 2 und 3 werden die EU-Kohäsionspolitik bzw. die Klimapolitik behandelt. Dazu gehört ein kurzer Überblick über die wichtigsten EU-Strukturfonds. In Bezug auf die Klimapolitik macht der EGD die Kernkomponente auf der Klimaseite aus, da er die aktuelle Klimapolitik definiert. Abschnitt 4 befasst sich mit dem politökonomischen Hintergrund, dessen Anwendung auf die EU-Strukturfonds und auf mögliche Mechanismen in Bezug auf die Klimapolitik hilft, die Rolle der EU-Kohäsionspolitik für die Klimapolitik zu verstehen. In Abschnitt 5 werden mögliche Konflikte zwischen der Kohäsions-

¹ Englischer Wortlaut: "Economic and social progress for their peoples, (...) within the context (...) of reinforced cohesion and environmental protection."

und der Klimapolitik diskutiert und mit Hilfe des politökonomischen Ansatzes bewertet. Abschnitt 6 zeigt mögliche Synergien auf. Der letzte Abschnitt 7 schließt die Analyse ab, indem er die Ergebnisse zusammenfasst und auf mögliche Perspektiven für die zukünftige Entwicklung der EU-Kohäsions- und Klimapolitik hinweist.

2 EU-Kohäsionspolitik im Zeitverlauf

2.1 Überblick über die wichtigsten Strukturfonds der EU

Seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) durch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1957 hat die EU verschiedene Arten von Strukturfonds geschaffen, um den Zusammenhalt zwischen ihren Mitgliedstaaten zu fördern (siehe Abbildung 1). Im Laufe der Zeit wurden die spezifischen Instrumente und Ziele mehrfach geändert. Das Hauptziel der Strukturfonds, nämlich die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU, hat sich jedoch nur allmählich geändert. Die Strukturfonds zielen darauf ab, die Ungleichheiten bei Einkommen, Beschäftigung und Lebensstandard zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Regionen zu verringern.

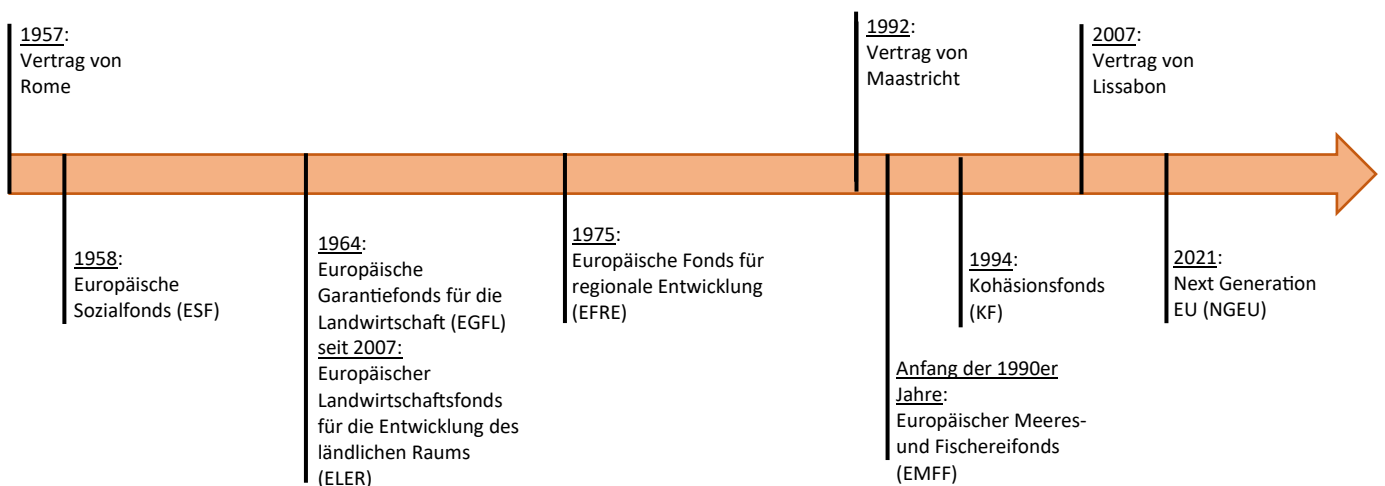
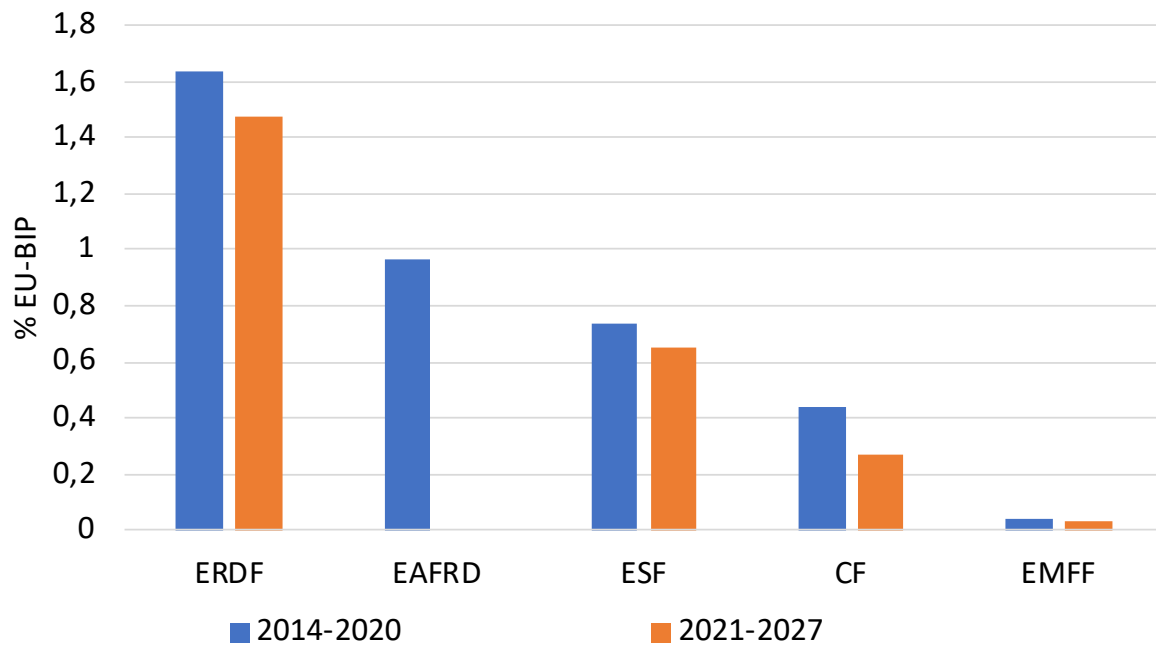


Abbildung 1: EU-Kohäsionspolitik im Zeitverlauf

Quelle: Forte-Campos, V. und J. Rojas (2021)

Der derzeitige mehrjährige Finanzrahmen (MFR) stellt den mittelfristigen Haushaltsplan der EU dar, einschließlich der Ausgabenpläne, welche die Prioritäten der EU-Politik innerhalb eines Siebenjahreszeitraums festlegen. Ein großer Teil des MFR besteht aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF), die fünf Strukturfonds umfassen (siehe Abbildung 2).



Anmerkungen:

ERDF = Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

EAFRD = Europäischer Landwirtschaftsfonds für Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

ESF = Europäischer Sozialfonds

CF = Kohäsionsfonds (KF)

EMFF = Europäischer Meeres- und Fischereifonds

Abbildung 2: Strukturfonds in Prozent des EU-BIP

Quelle: EuroStat und Europäische Kommission (2023a)

Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957 wurde der Europäische Sozialfonds (ESF) durch den Vertrag von Rom ins Leben gerufen. Er ist das wichtigste Instrument der EU für Investitionen in Humankapital, die Fähigkeiten der Arbeitnehmer und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Höhe der Transfers, die eine Region erhält, hängt von der regionalen BIP-Leistung ab, wobei alle EU-Regionen förderfähig sind. Der MFR 2021-2027 stellt insgesamt 88 Milliarden Euro zur Verfügung (Forte-Campos & Rojas, 2021). Die ersten Schritte in Richtung eines gemeinsamen europäischen Marktes wurden also von Anfang an von regionalen Transfers begleitet.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist ein zweiter Strukturfonds, der verschiedene Projekte unterstützt, die heute auf die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, auf Innovation und ökologische Nachhaltigkeit abzielen. Er wurde 1975 eingerichtet, um regionalen Entwicklungsunterschieden entgegenzuwirken. Im Rahmen des MFR 2021-2027 werden 200 Milliarden Euro für den EFRE bereitgestellt (European Commission, 2023c). Der EFRE begleitete die Erweiterung der Kern-EWG, bestehend aus den

sechs Ländern Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg und den Niederlanden, um Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich.

Der im Jahr 1994 geschaffene Kohäsionsfonds ist speziell für die Unterstützung von Mitgliedstaaten bestimmt, deren Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf der Bevölkerung unter 90 % des EU-Durchschnitts liegt. Er wurde als Folge des Vertrags von Maastricht im Jahr 1992 eingerichtet und ging einer weiteren Erweiterungsrunde um Österreich, Finnland und Schweden im Jahr 1995 voraus. Der Kohäsionsfonds zielt heute darauf ab, leistungsschwache Regionen im Bereich Umwelt und Kommunikation zu stärken; er finanziert Projekte, die zum Umweltschutz und zu einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur beitragen. Insgesamt werden 43 Milliarden Euro aus dem MFR in den Kohäsionsfonds geleitet (European Commission, 2023a).

Der Europäische Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) konzentriert sich auf die Klimapolitik sowie auf wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit im Aquakultur- und Fischereisektor. Er deckt ein sensibles Thema unter den (ehemaligen) EU-Mitgliedstaaten mit einer bedeutenden und traditionellen Fischereiindustrie ab, z.B. Frankreich und Großbritannien. Der EMFAF wurde in den frühen 1990er Jahren eingerichtet und verfügt über ein aktuelles Budget für 2021-2027 von 6,11 Milliarden Euro. Im Hinblick auf die Klimapolitik erleichtert er zum Beispiel die Umstellung auf eine nachhaltige und kohlenstoffarme Fischereiindustrie sowie den Schutz der marinen Ökosysteme und der biologischen Vielfalt (European Commission, 2023b).

Tatsächlich ist die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ein Schwergewicht unter den Strukturfonds, obwohl sie nur teilweise zu den Strukturfonds zählt. Während es unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft durch die sechs Gründungsmitglieder keine weitere Erweiterungsrunde gab, schufen die ursprünglichen Mitgliedstaaten die GAP, um die Ratifizierung des Vertrags durch die französische Nationalversammlung zu erleichtern. Mit einem Anteil von rund 40 % am Gesamthaushalt der EU bestimmt die GAP heute mit ihrer Ausgestaltung und ihren Zielen maßgeblich das Handeln der EU. Die Einrichtung des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) von 1962 bis 1964 sah eine Marktordnung für den Agrarsektor mit Zöllen und Subventionen für Landwirte vor. Von 1964 bis 2007 zielte der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft auf die strukturelle Entwicklung des ländlichen Raums ab und wurden somit zu den Strukturfonds im engeren Sinne gezählt. Im Jahr 2007 wurde er in Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) umbenannt und umgestaltet. Im Jahr 2017 leitete die

Europäische Kommission eine öffentliche Konsultationsrunde ein, mit dem Ziel, die Klimapolitik deutlicher in den Mittelpunkt zu rücken. Die Nachfrage nach Klimamaßnahmen im stark emittierenden Agrarsektor war offensichtlich, da sich die EU zum Pariser Abkommen und den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung verpflichtet hatte (Matthews, 2018).

Vor kurzem hat die EU das Programm Next Generation EU (NGEU) ins Leben gerufen, um die asymmetrischen Auswirkungen des COVID-Schocks auf weniger entwickelte Regionen zu bewältigen (siehe Tabelle 1). Im Rahmen von NGEU wurden im Jahr 2020 zwei neue Finanzinstrumente geschaffen. Erstens, die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), die sich auf sechs Kernbereiche konzentriert: grüner Wandel, nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung, digitale Transformation, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Gesundheit und Resilienz sowie Bildung. Somit richtet die ARF einen großen Teil der Aufmerksamkeit auf die Klima- und Kohäsionspolitik. Insgesamt werden 723 Mrd. € für Investitionen ausgegeben, davon 385 Mrd. € in Form von Darlehen und 338 Mrd. € in Form von Zuschüssen (European Commission, 2023f).

Tabelle 1: Nächste Generation EU (NGEU) und Klimapolitik, in Preisen von 2018

Von NGEU unterstützte Programme	Anteil NGEU (2018, in Mrd.)	Klimabeitrag NGEU (2018, in Mrd.)	Beitrag NGEU (in %)
Horizon Europa	5.0	1.75	35
InvestEU-Programm	5.6	1.68	30
Aufbau- und Resilienzfazilität	672.5	248.82	37
Just Transition Mechanism (JTM)	10.0	10.00	100
ReactEU	47.5	11.87	25
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	7.5	2.70	36
RescEU (Katastrophenhilfe und Notfallreserven)	1.9	0.00	0
Gesamt	750	276.83	37%

Quelle: Europäische Kommission (2023b)

Das zweite Finanzinstrument, das durch das NGEU-Programm geschaffen wurde, ist die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU). Seine Transfers belaufen sich auf 50,6 Milliarden Euro und konzentrieren sich in erster Linie auf Krisenreaktions- und Reparaturmaßnahmen. Auf diese Weise zielt REACT-EU auf den Übergang zu einer grünen Erholung der EU-Wirtschaft (European Commission, 2023d).

Damit betritt die EU Neuland. Die NGEU könnte der erste, wenngleich umstrittene Schritt in Richtung einer Schuldenunion sein. Viele argumentieren, dass es mehrere andere Bereiche der Vertiefung der europäischen Integration gibt, die zuerst kommen sollten, zum Beispiel eine gemeinsame EU-Außenpolitik oder Verteidigungspolitik. Trotz der anhaltenden Kämpfe um die fiskalische und rechtliche Dimension könnte NGEU einen 'Hamilton-Moment' markieren und möglicherweise zu einem dauerhaften fiskalischen Instrument werden (de la Porte & Jensen, 2021). Dennoch hat NGEU das Potenzial, die gemeinsam geliehenen Mittel einzusetzen, um die Transfers in die Kohäsionspolitik und in Strukturprojekte zu lenken, von denen auch die Klima-Agenda der EU profitiert (Thöne, 2021).

Thöne (2021) hebt die Rolle von NGEU bei der Stärkung des Zusammenhalts der EU hervor. Das Programm wurde als Folge der frühen COVID-19-Pandemie initiiert, einer Zeit, in der sich jeder Mitgliedstaat auf seine eigene Agenda konzentrierte und sogar die Grenzen innerhalb der EU geschlossen wurden. Auf der Grundlage dieses integrationsfeindlichen Rückschlags sendet NGEU ein bemerkenswertes Signal des Zusammenhalts aus, indem es zinsgünstige Darlehen an Mitgliedstaaten vergibt, deren geringe Kreditwürdigkeit zu weitaus schlechteren Bedingungen für die Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt führen würde (Thöne, 2021). Dies bedeutet, dass die kreditfinanzierten Mittel durch Garantien der EU-Mitgliedstaaten abgesichert sind (Fuest & Dorn, 2021).

2.2 Empirische Belege für den Erfolg der EU-Strukturfonds

Angesichts dieser langjährigen Geschichte der EU-Kohäsionspolitik stellt sich die Frage, inwieweit die Strukturfonds das Ziel eines Aufholens weniger entwickelter Regionen in Europa tatsächlich erreicht haben. Wie bereits erwähnt, liefern empirische Studien widersprüchliche Belege für den Erfolg der Strukturfonds bei der Förderung dieses Aufholprozesses in der EU.

Mohl und Hagen (2010) analysieren die Rolle der EU-Strukturfonds im Hinblick auf die Förderung des regionalen Wachstums. Anhand eines Datensatzes über insgesamt 126 NUTS-1/-2-Regionen können sie zwischen Ziel-1-, Ziel-2- und Ziel-3-Regionen unterscheiden. Eine Region wird als Ziel 1 eingestuft, wenn das Verhältnis zwischen dem regionalen BIP pro Kopf und dem gesamten EU-weiten BIP unter 75% liegt. Mohl und Hagen (2010) verwenden einen GMM-Schätzer, der das Endogenitätsprobleme in einem Panelkontext berücksichtigt, und einen räumlichen ökonometrischen Panelschätzer, der räumliche Spillover-Effekte des regionalen Wachstums berücksichtigt. Mohl und Hagen (2010) finden starke Belege für einen positiven

Einfluss der EU-Strukturfonds auf das regionale Wachstum der Ziel-1-Regionen. Dies gilt jedoch nicht für den Gesamtbetrag der Ziel-1-, Ziel-2- und Ziel-3-Regionen insgesamt (Mohl & Hagen, 2010). Mit anderen Worten: Nur Regionen, die den Stimulus der EU-Strukturfonds am dringendsten benötigen, sind in der Lage, mit Hilfe der EU-Förderung (und der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten, welche die Mittel bereitstellen) regionales Wachstum freizusetzen. Dieses Ergebnis ähnelt dem von Becker et al. (2010, 2018), die einen positiven Wachstumseffekt in Bezug auf die Ziel-1-Transfers, aber keine positiven Wachstumseffekte auf die Arbeitslosigkeit feststellen.

Von Ehrlich und Overman (2020) untersuchen die räumlichen Ungleichheiten zwischen europäischen Metropolregionen im Hinblick auf Einkommensniveau und Arbeitslosigkeit. Eine Metropolregion wird entlang der sogenannten NUTS3-Regionen mit 150.000 bis 800.000 Einwohnern definiert. Sie weisen nach, dass die Unterschiede im BIP zwischen den Metropolregionen der EU-15 seit Mitte der 2000er Jahre divergieren, sich in den 1990er Jahren stabilisierten und in den 1980er Jahren konvergierten.

Motiviert durch dieses Ergebnis fragen von Ehrlich und Overman (2020), ob eine ortsbezogene Politik für die Strukturfonds gerechtfertigt ist. Die Autoren liefern eindeutige Belege zugunsten der Strukturfonds, stellen aber zudem fest, dass die Auswirkungen sehr unterschiedlich sind und insbesondere in Gebieten mit qualitativ hochwertiger Kommunalverwaltung und einem hohen Niveau an Humankapital wirken. Diese Ergebnisse ähneln denen von Breitenbach et al. (2019), die sogar negative Auswirkungen der EU-Strukturfonds in Abhängigkeit von der regionalen institutionellen Qualität berichten. Darüber hinaus weisen von Ehrlich und Overman (2020) auf abnehmende Erträge aus Transfers hin. Insgesamt kommen sie zum Schluss, dass ortsbezogene Maßnahmen den Anstieg der Einkommensunterschiede nicht verhindert, aber möglicherweise abgemildert haben (von Ehrlich & Overman, 2020).

Cerqua und Pellegrini (2017) befassen sich ebenfalls mit den Ungleichheiten in der EU und untersuchen die Beziehung zwischen der "Treatment-Intensität" der EU-Struktur- und Kohäsionsfonds und den regionalen BIP-Wachstumsraten. Sie finden einen insgesamt positiven Effekt der fondsbezogenen Transfers auf die regionalen Wachstumsraten, allerdings wiederum mit einer starken Heterogenität zwischen den Regionen. Besonders interessant an den Ergebnissen ist, dass die Intensitäts-Wachstumsfunktion konkav ist und ein maximaler Wert von 305-340 € pro Kopf berechnet werden kann, nach dem der marginale Effekt des Transfers negativ ist (Cerqua & Pellegrini, 2017).

Ein weiterer möglicher Effekt der Strukturfonds könnte darin bestehen, dass sie die öffentlichen Investitionen insgesamt anregen. Staehr und Urke (2022) analysieren die Auswirkungen der ESIF auf die öffentlichen Investitionen in der EU und finden heterogene Belege für einen positiven Zusammenhang zwischen den ESIF und den öffentlichen Investitionen insgesamt. Insbesondere für den Kohäsionsfonds berichten sie einen fast eins-zu-eins-Effekt auf öffentliche Investitionen, sowohl kurz- wie langfristig. In Bezug auf den EFRE gibt es jedoch keine eindeutigen Belege (Staehr & Urke, 2022).

3 Klimapolitik im Rahmen der EU-Strukturfonds

Die EU strebt die Integration von Klimapolitik und Strukturfonds hauptsächlich auf zwei Arten an. Erstens durch Klima-Mainstreaming, d.h., die Mittel müssen so eingesetzt werden, dass sie mit den Klimazielen vereinbar sind, die Nachhaltigkeit fördern, die Treibhausgasemissionen reduzieren und sich an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen. Die zweite Option ist die direkte Investition in nachhaltige Projekte. Das bedeutet, dass die Strukturfonds direkt Projekte unterstützen, die z.B. mit erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, öffentlichen Verkehrsmitteln und dem allgemeinen Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft zu tun haben.

Im Hinblick auf die ökologische Nachhaltigkeit zielen die Fonds darauf ab, grünes Wachstum und eine Kreislaufwirtschaft zu fördern, was die Reduktion von Abfällen, die Verbesserung der Ressourceneffizienz und die Minimierung der Umweltauswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten beinhaltet. Darüber hinaus unterstützen die Strukturfonds Projekte, die natürliche Ökosysteme schützen und wiederherstellen, die biologische Vielfalt erhalten und eine nachhaltige Landnutzung fördern.

Ein wichtiges Anliegen der EU-Strukturfonds ist die Integration von Klimazielen, wie sie im Rahmen des European Green Deal (EGD) als übergreifende Strategie der EU zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 definiert sind. Das NGEU-Programm ist eng mit dem EGD abgestimmt. NGEU stärkt die Ziele des EGD, indem es finanzielle Mittel für grüne und nachhaltige Initiativen in der gesamten EU bereitstellt. Der Klimabeitrag des NGEU beläuft sich auf fast 280 Milliarden Euro in Preisen von 2018 und damit auf einen Anteil von etwas mehr als einem Drittel des gesamten NGEU (siehe Tabelle 1).

Ein erheblicher Teil der im Rahmen des NGEU-Programms bereitgestellten Mittel ist für die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) vorgesehen. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, nationale Konjunktur- und Resilienzpläne zu entwickeln, die einen erheblichen Teil der Mittel für

klimarelevante Projekte und Reformen vorsehen. Diese Projekte zielen darauf ab, den Übergang der EU zu einer grüneren und nachhaltigeren Wirtschaft zu unterstützen. Insbesondere hat der Europäische Rat ein Klima-Mainstreaming-Ziel von 30% für NGEU und den MFR festgelegt (Inguscio, 2022).

Die Auszahlung von Mitteln im Rahmen des NGEU-Programms ist an Bedingungen geknüpft, darunter die Erfüllung von Klima- und Umweltzielen auf nationaler Ebene. Von den Mitgliedstaaten wird erwartet, dass sie in Projekte und Reformen investieren, die zu den Klimazielen der EU beitragen, wie z.B. die Reduktion der Treibhausgasemissionen und die Förderung erneuerbarer Energien.

Um dem Ziel der EU Rechnung zu tragen, im Übergang zur Klimaneutralität niemanden zurückzulassen, wurde der Just Transition Fund (JTF) als neues Instrument der Kohäsionspolitik für den aktuellen MFR-Zeitraum 2021-2027 geschaffen (European Commission, 2023g). Der Just Transition Fund ist Teil des umfassenderen EGD und zielt darauf ab, die vom Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft am meisten betroffenen Regionen zu unterstützen. Er konzentriert sich auf Investitionen in grüne Projekte wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz und die Umschulung von Arbeitnehmern für neue, nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten.

Moesker und Pesch (2022) führen drei Fallstudien über die EU-Initiative für Kohleregionen im Wandel durch. Sie kommen zum Schluss, dass das Design des JTF mehrere Vorbehalte aus früheren Transitionserfahrungen berücksichtigt hat. Die verbleibenden Probleme waren meist distributiver und verfahrenstechnischer Natur, möglicherweise verursacht durch mangelnde Beteiligung der Interessengruppen und knappe Finanzmittel (Moesker & Pesch, 2022).

4 Die politische Ökonomie des EU-Haushalts

Der politökonomische Ansatz ist immer dann nützlich, wenn man die Annahme der Nutzenmaximierung auf Regierungen als politische Akteure anwendet. In Abkehr von einer zentralen Annahme der traditionellen Wirtschaftstheorie bedeutet dies, dass Regierungen nicht notwendigerweise den Implikationen einer bestimmten normativen ökonomischen Perspektive (z.B. ökonomische Theorie des Föderalismus, siehe Biehl, 1988; Spahn, 1993; Genser, 1997), sondern stattdessen ihren Eigeninteressen folgen (Feld, 2005).

Es gibt eine umfangreiche Literatur über die politische Ökonomie der EU, die sowohl von Politikwissenschaftlern wie von Wirtschaftswissenschaftlern verfasst wurde (z.B. Dür et al.,

2020). Daraus sind die folgenden zwei Stränge für eine Analyse der Strukturfonds relevant: erstens die Beziehung zwischen den Fonds und Zustimmung innerhalb der EU und zweitens die Determinanten der Entscheidungsprozesse innerhalb der wichtigsten Institutionen der EU.

Die EU-Strukturfonds und ihre Instrumente der Kohäsionspolitik, aber auch die EU-Agrarpolitik, werden als Kompensation für die Zustimmung der ärmeren Mitgliedstaaten zu weiteren Schritten der europäischen Integration interpretiert (Begg, 2000). Obwohl es ziemlich schwierig ist, kausale Evidenz zu erbringen, gibt es zumindest anschauliche anekdotische Belege für diese Hypothese. Wie oben beschrieben, wurde die EU-Agrarpolitik Anfang der 1960er Jahre ins Leben gerufen, um die Ratifizierung des Vertrags von Rom durch die französische Nationalversammlung zu erleichtern. Darüber hinaus sollte der ESF den ärmeren Regionen helfen, ihren Rückstand aufzuholen. Der EFRE folgte auf die Erweiterung der EWG durch Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich. Der Kohäsionsfonds wurde eingerichtet, nachdem der Vertrag von Maastricht mit der Europäischen Währungsunion (EWU) eine Vertiefung der europäischen Integration festlegte und erfolgte kurz vor einer weiteren Erweiterung um Österreich, Finnland und Schweden.

NGEU wurde als ein weiterer Schritt zur Vertiefung der Integration begrüßt, nachdem mehrere Mitgliedstaaten als Reaktion auf die europäische Schuldenkrise die Schaffung einer fiskalischen Kapazität auf EU-Ebene gefordert hatten. Bevor es aufgrund der wirtschaftlichen und fiskalischen Auswirkungen der COVID-Pandemie zu einer weiteren Schuldenkrise kommen konnte, beschlossen die Mitgliedstaaten, NGEU einzurichten.

Die Beweggründe für diese Reaktionen auf weitere Schritte der wirtschaftlichen Integration erinnern an ein allgemeines Muster von Reaktionen auf die Globalisierung. Wie aus der Außenwirtschaftslehre bekannt ist, führt die Öffnung von Volkswirtschaften für den Freihandel insgesamt zu einer Steigerung des Wohlstands, schafft aber Gruppen von Gewinnern und Verlierern innerhalb eines Landes, die von komparativen Vorteilen und Faktorausstattungen abhängen. Rodrik (1998) argumentiert und präsentiert empirische Evidenz dafür, dass offenere Volkswirtschaften einen größeren Staatssektor haben, um die potenziellen Verlierer der Abschaffung protektionistischer Maßnahmen zu kompensieren und so die Unterstützung für Freihandelsabkommen zu erhöhen. Die europäische Integration und die Geschichte der EU-Strukturfonds bieten zusätzliche Belege in dieser Hinsicht.

Indem wir den Ansatz der politischen Ökonomie auf die EU-Strukturfonds anwenden, argumentieren wir, dass die EU-Mitgliedstaaten ihr Eigeninteresse, d.h. die finanziellen Transfers, maximieren. Dementsprechend bietet die Einrichtung solcher Transferprogramme auf EU-Ebene besondere Anreize für die Mitgliedstaaten: Jedes Land ist letztlich bestrebt, Nettoempfänger des EU-Haushalts zu werden. Interessengruppen streben danach, EU-Transfers zu erhalten, sodass eine Allmende-Problematik entsteht (Osterloh et al., 2009).

Rodden (2002) analysiert das Verhältnis zwischen Stimmen und Mittelvergabe in der EU. Seinen Ergebnissen zufolge sind kleine EU-Mitgliedstaaten systematisch überrepräsentiert. Dies geht einher mit einem erheblichen Verlust an relativen Stimmanteilen unter den größeren EU-Mitgliedern, wie z.B. Deutschland. Es ist ein gängiges Muster der föderalen Integration, dass die vergleichsweise kleineren Staaten die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration am meisten fürchten. Daher verhandeln sie günstige Stimmrechtsregelungen und überdurchschnittliche Geldtransfers (Rodden, 2004). Darüber hinaus zeigt Rodden (2002), dass die kleineren Staaten im Gegenzug für ein größeres Engagement bei der Integration systematisch Stimmrechte opfern. Darüber hinaus finden Rodden (2002) sowie Aksoy und Rodden (2009) Belege für einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Stimmkraft im Europäischen Parlament oder im Rat und den gelenkten Mitteln. Dies gilt für die Gesamtmittel für die Jahre 1977 bis 1999 und ist besonders aussagekräftig für die regionale und landwirtschaftliche Entwicklung (Rodden, 2002).

Abgesehen davon, dass kleinere Mitgliedstaaten überdurchschnittlich viele Mittel erhalten, sind partizipative Vorteile oft das Ergebnis von Kompromissen bei Verhandlungen über EU-Politiken. Dies kann zu einer legislativen Überrepräsentation kleiner EU-Staaten führen (Rodden, 2004). Dies wird auch von Groot und Zooneveld (2013) bestätigt, die feststellen, dass die EU-Beitrittsrunde kleinerer osteuropäischer Länder in den Jahren 2004 und 2007 den Ländern mit einer kleineren und ärmeren Bevölkerung mehr politische Macht verschaffte. In ähnlicher Weise verstoßen EU-Mitgliedstaaten mit größeren Volkswirtschaften am ehesten gegen EU-Recht, während die kleineren Staaten die Vorschriften eher einhalten (Börzel et al., 2010). Am besten halten sich kleine Staaten mit einer effizienten Bürokratie an die Vorschriften (Börzel et al., 2010). Allerdings können Kompromisse auf EU-Ebene auch Euroskepsis im nationalen Parlament sanktionieren, sodass die Mittel, die ein Land erhält, sinken (Sadeh et al., 2022).

Um die Verhandlungsmacht der kleinen Staaten zu stärken, bilden sie oft Koalitionen, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten, z.B. als 'Kohäsionsblock', dem Griechenland, Irland,

Portugal und Spanien angehören; Finnland, Dänemark und Schweden als 'Nordischer Block' und die deutsch-französische Koalition, die im Mittelpunkt der Entscheidungen des EU-Ministerrats steht (Hix & Hoyland, 2022).

Neben der Koalitionsbildung gibt es natürlich bei der legislativen Entscheidungsfindung in der EU Konflikte. Bei der Analyse der Konfliktdimension im EU-Ministerrat zeigen Bailer et al. (2015), dass konfliktreiche Interaktionen wesentlich von Umverteilungsinteressen auf Länderebene und weniger von ideologischen Faktoren wie der Links-Rechts-Positionierung der Regierungen der Mitgliedstaaten geprägt sind. In diesem Zusammenhang bringen Hagemann et al. (2019) einen zusätzlichen Faktor in die Entscheidungsfindung der EU ein: Regierungen, die zu Hause unter Beschuss stehen, denken nicht nur über ihre politischen Präferenzen und Verhandlungstechniken nach, sondern nutzen die EU-Entscheidungsfindung vor allem, um Signale an ihr heimisches Publikum zu senden. Dies könnte insbesondere auf die Klimapolitik zutreffen, die als besonders umstrittenes Thema gilt.

Insgesamt lassen sich unter Rückgriff auf die politökonomische Literatur zur legislativen Entscheidungsfindung in der EU mehrere Mechanismen bei der Gestaltung der EU-Politik erklären. Daher bietet sie einen nützlichen Rahmen, um die Vereinbarkeit von EU-Kohäsions- und Klimapolitik zu bewerten.

5 Konflikte zwischen EU-Kohäsions- und Klimapolitik

Die Kohäsions- und Klimapolitik der EU birgt mehrere potenzielle Konflikte, wenn es darum geht, ihre Ziele und Vorgaben aufeinander abzustimmen. Erstens ergeben sich diese Konflikte aus der Abwägung zwischen den Zielen der wirtschaftlichen Entwicklung sowie des sozialen Zusammenhalts und dem Gebot, den Klimawandel zu bekämpfen. Es kann sogar zu einem Konflikt zwischen beiden Politikzielen und zwischen den eingesetzten Instrumenten kommen. Es gibt zwei große Problemkreise von Bedeutung. Erstens könnten leistungsschwächere Regionen innerhalb der EU beim Übergang zur Klimaneutralität weiter geschwächt werden, sodass die Klimapolitik zu einem Konflikt mit dem beabsichtigten Aufholprozess im Zuge der Kohäsionspolitik führt. Zweitens kann die Kohäsionspolitik die Klimapolitik konterkarieren, indem sie zum Beispiel Kohäsionsmittel in EU-Regionen lenkt, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind. Damit steht die Kohäsionspolitik im Widerspruch zum schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und dem Übergang zu erneuerbaren Energiequellen.

Die Kohäsionspolitik zielt traditionell darauf ab, das wirtschaftliche Gefälle zwischen den EU-Regionen durch die Förderung von Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verringern. Einige der entsprechenden Entwicklungsprojekte sind möglicherweise nicht auf die Klimaziele abgestimmt, was zu einem Anstieg der Treibhausgasemissionen führen könnte. Zum Beispiel haben große Infrastrukturprojekte, die im Rahmen der Kohäsionspolitik finanziert werden, wie etwa im Verkehrs- und Energiesektor, nicht unbedingt den Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Klimaresilienz, sodass sie zu erhöhten Treibhausgasemissionen und Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels führen. Die Kohäsionspolitik legt oft den Schwerpunkt auf kurzfristiges Wirtschaftswachstum ohne ausreichende Berücksichtigung von langfristiger Nachhaltigkeit und Klimaresilienz, was zu Investitionen führt, die nicht im Einklang mit dem Green Deal der EU stehen.

Darüber hinaus können die verschiedenen EU-Regionen unterschiedlich stark für den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit engagiert sein, was zu einer ungleichen Umsetzung der Klimapolitik führt. Einige Regionen sind möglicherweise offener für eine grüne Entwicklung, während andere sich solchen Veränderungen widersetzen. Solche regionalen Unstimmigkeiten können zu Konflikten zwischen den Regionen führen, die davon profitieren, und denjenigen, die Netto-Nutzenverluste erleiden.

Bei der Aufteilung des EU-Haushalts zwischen Kohäsionspolitik und Klimapolitik kann es zu Konflikten kommen. Daher kann es eine Herausforderung sein, den Finanzierungsbedarf für den Abbau regionaler Ungleichheiten und die Bekämpfung des Klimawandels auszugleichen.

Klimapolitik kann manchmal zu wirtschaftlichen Störungen führen, insbesondere in Regionen, die stark von emissionsintensiven Industrien abhängig sind. Die Kohäsionspolitik zielt darauf ab, diese sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen abzumildern, die den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft möglicherweise verlangsamen.

Daher kann es eine Herausforderung sein, die Bemühungen verschiedener EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und regionaler Behörden zu koordinieren und zu integrieren, um sicherzustellen, dass sich die Kohäsionspolitik und die Klimapolitik gegenseitig verstärken. Daher ist eine genaue Überwachung erforderlich, um doppelte institutionelle Strukturen zu vermeiden, bei denen sich die Zuständigkeiten überschneiden und die aus Sicht der politischen Ökonomie letztlich an Effizienz verlieren.

Dies weist auf ein zweites, grundlegendes Problem bei der Abstimmung von Kohäsions- und Klimapolitik hin. Nach der Tinbergen-Regel sollte jedes politische Ziel durch ein bestimmtes, unabhängiges Instrument verfolgt werden. Obwohl die EU-Strukturfonds mehrere verschiedene Instrumente umfassen, lassen sich diese wahrscheinlich nicht zugleich auf die klimapolitischen Ziele anwenden. Ein Verstoß gegen die Tinbergen-Regel führt häufig dazu, dass formulierte politische Ziele nicht erreicht werden. Die Anzahl potenzieller Konflikte zwischen der Kohäsions- und der Klimapolitik zeigt, wie es zu solchen Misserfolgen kommen kann.

Die Klimapolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn es eine breite internationale Koordination für die Reduzierung der Kohlenstoffemissionen gibt. Die Notwendigkeit einer solchen Koordinierung ergibt sich aus der Natur des Klimaschutzes als einem globalen öffentlichen Gut. Die Bereitstellung eines öffentlichen Gutes bringt ein Trittbrettfahrerverhalten mit sich. Jeder einzelne Beitrag eines Landes zur Bereitstellung eines öffentlichen Gutes verringert die Anreize für andere Länder, ebenfalls einen Beitrag zu leisten. Wenn die Koordinierung zwischen einer Gruppe von Ländern, wie der EU, aufgrund der Koordinierungstechnologie, die der EU-Entscheidungsprozess bietet, erfolgreich ist, werden die Anreize für andere Länder in der Welt, einen Beitrag zu leisten, weiter verringert.

Dieser grundlegende Mechanismus liefert die Grundlage für die Schaffung von Klimaclubs, die Anreize zur Teilnahme an den Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels bieten sollen (Nordhaus, 2015). Die Idee der Klimaclubs unterstreicht die Notwendigkeit, den Preismechanismus zu nutzen, und in der Tat stellt das EU-Emissionshandelssystem (ETS) einen solchen Mechanismus dar. Wenn es möglich wäre, die Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels über einen Mindestpreis für CO₂ international zu koordinieren, könnte die Bereitstellung dieses globalen öffentlichen Gutes möglich sein. Eine solche Politik führt zu einem Strukturwandel, verhindert aber Emissionen durch die Verlagerung von emissionsintensiven Industrien in andere Länder. Eine Abschwächung des notwendigen Strukturwandels durch die Subventionierung kohlenstoffintensiver Industrien wäre nur kontraproduktiv.

Drittens sollten politökonomische Überlegungen eine Rolle spielen. Um sicherzustellen, dass die Transfers aus den Strukturfonds weiterhin fließen, haben die Mitgliedstaaten Anreize, jedes neue politische Argument zu nutzen, das sich ergibt. Während der EFRE beispielsweise als politisches Instrument zur Verringerung regionaler Ungleichheiten begann, zielt er inzwischen auf Innovation und ökologische Nachhaltigkeit ab, sodass sich zwar die Kriterien für den Zugang

geändert haben mögen, nicht aber die Motivation der Mitgliedstaaten, Mittel zu erhalten. In ähnlicher Weise können klimapolitische Ziele die Kriterien für die Förderfähigkeit von Strukturfonds beeinflussen, ohne dass sich die Anreize der Mitgliedstaaten ändern. Dies kann zu einem Streit zwischen der Kommission und einzelnen Mitgliedstaaten über die Vereinbarkeit einzelner Maßnahmen mit den Transfers aus den Strukturfonds führen.

6 Mögliche Synergieeffekte zwischen Klima- und Kohäsionspolitik

Wir beschreiben zuvor den potenziellen Zielkonflikt zwischen der EU-Kohäsionspolitik, die darauf abzielt, die unterschiedlichen Niveaus der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen auszugleichen, und der Förderung wirksamer Klimaschutzmaßnahmen unter dem Dach der EU-Kohäsionspolitik. Zugleich gibt es jedoch potenzielle Synergien zwischen der EU-Kohäsions- und Klimapolitik.

Erstens ist eine Strukturierung des Wettbewerbs innerhalb der EU von entscheidender Bedeutung. Regierungen auf der ganzen Welt nutzen Subventionen, um den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu unterstützen. In einigen Fällen von Marktversagen können grüne Subventionen sinnvoll sein (Kammer, 2023), etwa wenn der CO₂-Preis im Vergleich zu den tatsächlichen Kosten für die Gesellschaft zu niedrig ist. Grüne Subventionen gibt es auch in der EU. Der Einsatz von Subventionen sollte jedoch sorgfältig darauf gerichtet sein, Marktversagen zu korrigieren und keine Unternehmen diskretionär zu diskriminieren. Zu groß ist die Gefahr eines globalen Wettlaufs um grüne Subventionen, was zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen im Welthandel und letztlich zu einer geopolitischen Fragmentierung führen würde (Kammer, 2023). So diskutiert die EU seit Februar 2023 einen "Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero Age" (Europäische Kommission, 2023). Dies impliziert eine weitere (vorübergehende) Lockerung des EU-Wettbewerbsrechts (Kammer, 2023). Die Entscheidungsträger in der EU sollten daher sicherstellen, dass die entsprechenden grünen Subventionen gleichmäßig verteilt werden und nicht bestimmte Unternehmen und/oder Regionen diskriminieren, da die Klimapolitik dadurch die Kohäsionsziele gefährden würde.

Die EU ist für die Zuteilung umfangreicher Mittel zuständig, die an spezifische Bedingungen geknüpft werden (Farole et al., 2011). Eine zweite wichtige Synergie nimmt daher die Konditionierung von Fördermitteln unter Berücksichtigung von Klimaschutzmaßnahmen in den Blick. Innerhalb der EU werden die Klimaziele in verschiedenen Sektoren und Aktivitäten, die

durch Kohäsionsfonds unterstützt werden, konsequent ausgewiesen. Dieses sogenannte Klima-Mainstreaming kann eine sinnvolle Maßnahme sein, um die EU-Klima- und Kohäsionspolitik miteinander zu verbinden.

Darüber hinaus spielt die Kohäsionspolitik eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Regionen gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels (Nekvasil & Moldan, 2016). Dies gilt nicht nur für die Vorbereitung auf Naturkatastrophen, sondern auch für den industriellen Wandel. Als Folge des Klimawandels sind beispielsweise mehrere Regionen in der EU, deren Wohlstand vom Kohlebergbau abhing, nun vom Strukturwandel betroffen. Diese strukturschwachen Regionen sind stark von der Vergabe von EU-Mitteln abhängig. Wenn die Kohäsionsfonds mit Klimazielen verknüpft sind, kann der betreffenden Region ein Übergang zur Klimaneutralität gelingen. In diesem Beispiel können Kohäsions- und Klimapolitik Hand in Hand gehen.

Wenn schließlich unter den europäischen Regionen eine adäquate wirtschaftliche Konvergenz erreicht ist und ein angemessen hoher CO₂-Preis besteht, wird der Wettbewerbs innerhalb der EU (durch die Beseitigung von bestehenden Handelshemmnissen) Anreize für Unternehmen setzen, ausschließlich in klimaneutrale Waren und Dienstleistungen zu investieren. Letztlich ermöglicht dies eine Kombination aus effektiver Kohäsions- und Klimapolitik innerhalb der EU.

7 Schlussfolgerung

Die EU steht zwar vor mehreren Herausforderungen, aber die Wahl einer wirksamen Kohäsions- und Klimapolitik ist aus zwei Gründen von entscheidender Bedeutung: erstens, um die Klimakrise erfolgreich zu bewältigen, und zweitens, um zu verhindern, dass der Zusammenhalt zwischen den EU-Mitgliedstaaten beim Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft verloren geht. Wie beeinflussen sich die Kohäsions- und die Klimapolitik der EU gegenseitig? Zielen sie in dieselbe Richtung? Ist der Ansatz der EU, beide Politikfelder zu kombinieren, d.h. die Strukturfonds an Klimabeschränkungen zu koppeln, erfolgreich?

Wir nehmen eine politökonomische Perspektive ein, um diese Fragen zu beantworten. Wir stellen fest, dass die Kohäsions- wie die Klimapolitik in allen EU-Strukturfonds eine erhebliche Rolle spielen. Darüber hinaus stehen das Klima-Mainstreaming und die direkte Zuweisung von Mitteln für Klimaprojekte im Einklang mit den Kohäsions- und Klimazielen der EU. Aus politökonomischer Sicht ist jedoch eine Maximierung des Nettonutzens unter den EU-

Mitgliedstaaten zu erwarten. Außerdem könnten die zahlreichen Interessengruppen auf lokaler, nationaler und supranationaler Ebene den Lösungsfindungsprozess innerhalb der politischen Arena der EU-Institutionen verzerren. Dies könnte die Glaubwürdigkeit der EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf ihre Klimaziele beeinträchtigen. Daher wird eine kritische Bewertung der künftigen Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf ihre Anstrengungen in der Kohäsions- und Klimapolitik empfohlen. Eine einheitliche und stringente Lösung, wie ein angemessen hoher CO₂-Preis, könnte einer umfassenden Subventionspolitik unter dem Dach der Strukturfonds vorzuziehen sein.

Referenzen

- Börzel, T. A., Hofmann, T., Panke, D., & Sprungk, C. (2010). Obstinate and Inefficient: Why Member States Do Not Comply With European Law. *Comparative Political Studies* 43(11).
- Bailer, S., Mattila, M., & Schneider, G. (2015). Money Makes the EU Go Round: The Objective Foundations of Conflict in the Council of Ministers. *Journal of Common Market Studies* 53(3).
- Becker, S. O., Egger, P. H., & von Ehrlich, M. (2010). Going NUTS: The effect of EU Structural Funds on regional performance. *Journal of Public Economics*, 94 (9-10), pp. 578-590.
- Biehl, D. (1988). Die Reform der EG-Finanzverfassung aus der Sicht einer ökonomischen Theorie des Föderalismus. In M. E. Streit, *Wirtschaftspolitik zwischen ökonomischer und politischer Rationalität, Festschrift für Herbert Giersch* (S. 63-84). Wiesbaden.
- Cerqua, A., & Pellegrini, G. (2017). Are we spending too much to grow? The case of Structural Funds. *Journal of Regional Science*, 58, pp. 535-563.
- Dür, A., Moser, C., & Spilker, G. (2020). The political economy of the European Union. *The Review of International Organizations* 15.
- de la Porte, C., & Jensen, M. D. (2021). The next generation EU: An analysis of the dimensions of conflict behind the deal. *Social Policy & Administration*, 55(2), S. 388-402.
- European Commission. (2012). *Consolidated Version of the Treaty on European Union*. Von https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0023.02/DOC_1&format=PDF abgerufen
- European Commission. (2023a). *Cohesion Fund*. Von https://ec.europa.eu/regional_policy/funding/cohesion-fund_en abgerufen
- European Commission. (2023b). *European Maritime, Fisheries and Aquaculture Fund (EMFAF)*. Von https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/funding/emfaf_en abgerufen
- European Commission. (2023c). *European Regional Development Fund (ERDF)*. Von https://ec.europa.eu/regional_policy/funding/erdf_en abgerufen
- European Commission. (2023d). *REACT-EU*. Von https://ec.europa.eu/regional_policy/funding/react-eu_en abgerufen
- European Commission. (2023e). *The European Green Deal*. Von https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en abgerufen
- European Commission. (2023f). *The Recovery and Resilience Facility (RFF)*. Von https://commission.europa.eu/business-economy-euro/economic-recovery/recovery-and-resilience-facility_en abgerufen
- European Commission. (2023g). *Just Transition Fund (JTF)*. Von https://ec.europa.eu/regional_policy/funding/just-transition-fund_en abgerufen
- European Commission. (2023h). *The Green Industrial Plan: putting Europe's net-zero industry in the lead*. Von https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_510 abgerufen
- Farole, T., Rodriguez-Pose, A., & Storper, M. (2011). Cohesion Policy in the European Union: Growth, Geography, Institutions. *Journal of Common Market Studies*, 49(5).
- Feld, L. P. (2004). European public finances: much ado about nothing? *Marburger Volkswirtschaftliche Beiträge*, 2004(11), pp. 1-70.
- Forte-Campos, V., & Rojas, J. (2021). Historical Development of the European Structural and Investment Funds. *Economic Bulletin* 3, S. 1-12.

- Fuest, C., & Dorn, F. (2021). Next Generation EU: Gibt es eine wirtschaftliche Begründung? *Ifo Schnelldienst*, 74(2), pp. 3-8.
- Genser, B. (1997). Auf der Suche nach einer föderativen Finanzverfassung für Europa. In H. J. Vosgerau, *Zentrum und Peripherie - zur Entwicklung der Arbeitsteilung in Europa* (pp. 101-127). Berlin: Duncker & Humblot.
- Groot, L., & Zonneveld, E. (2013). European Union Budget Contributions and Expenditures: A Lorenz Curve Approach. *Journal of Common Market Studies* 51(4).
- Hagemann, S., Bailer, S., & Herzog, A. (2019). Signals to Their Parliaments? Governments' Use of Votes and Policy Statements in the EU Council. *Journal of Common Market Studies* 57(3).
- Hix, S., & Hoyland, B. (2022). *The Political System of the European Union, Fourth Edition*. London: Bloomsbury Academic.
- Inguscio, A. (2022). The EU Perspective from Setbacks to Success: Tackling Climate Change from Copenhagen to the Green Deal and the Next-Generation EU. In S. Valaguzza, & M. A. Hughes, *Interdisciplinary Approaches to Climate Change for Sustainable Growth* (pp. 127-139). Cham: Springer.
- Kammer, A. (2023). *Europe, and the World, Should Use Green Subsidies Cooperatively*. Von IMF Blog: <https://www.imf.org/en/Blogs/Articles/2023/05/11/europe-and-the-world-should-use-green-subsidies-cooperatively> abgerufen
- Matthews, A. (2018). The CAP in the 2021-2027 MFF Negotiations. *Intereconomics* 53, pp. 306-311.
- Moesker, K., & Pesch, U. (2022). The just transition fund - Did the European Union learn from Europe's past transition experiences? *Energy Research & Social Science*, 91, S. 1027-1050.
- Mohl, P., & Hagen, T. (2010). Do EU structural funds promote regional growth? New evidence from various panel data approaches. *Regional Science and Urban Economics*, 40(5), pp. 353-365.
- Nekvasil, M., & Moldan, B. (2018). Could Cohesion Policy push EU climate efforts. *Climate Policy*, 18(1).
- Nordhaus, W. (2015). Climate Clubs: Overcoming Free-Riding in International Climate Policy. *American Economic Review*, 105(4), pp. 1339-1370.
- Rodden, J. (2002). Strength in Numbers? Representation and Redistribution in the European Union. *European Union Politics* 3(2).
- Rodden, J. (2004). Comparative Federalism and Decentralization: On Meaning and Measurement. *Comparative Politics* 36(4).
- Spahn, P. B. (1993). *The Community Budget for an Economic and Monetary Union*. London: MacMillan.
- Staehr, K., & Urke, K. (2022). The European structural and investment funds and public investments in the EU countries. *Empirica*, 49, S. 1031-1062.
- Thöne, M. (2021). Next Generation EU - der erste Schritt von vielen ist getan. *Ifo Schnelldienst*, 74(2), pp. 16-19.
- von Ehrlich, M., & Overman, H. G. (2020). Place-Based Policies and Spatial Disparities across European Cities. *Journal of Economic Perspectives*, 34(3), pp. 128-149.

Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

2024

24/2 **Feld, Lars P. / Hassib, Joshua:** Die Rolle der EU-Kohäsionspolitik für die Klimapolitik

24/1 **Schmal, W. Benedikt:** Polycentric Governance in Collusive Agreements

2023

23/5 **Feld, Lars P. / Nientiedt, Daniel:** Examining the Ordoliberal Tradition in Classical Liberal Thought

23/4 **Bury, Yannick / Feld, Lars P. / Köhler Ekkehard A.:** On the Fiscal Sustainability of Swiss Cantons since 1905

23/3 **Horn, Karen:** The long shadow of Versailles. An unusual controversy on John Maynard Keynes between the German ordoliberals Walter Eucken and Wilhelm Röpke

23/2 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehars A.:** Standing on the Shoulders of Giants or Science? – Lessons from Ordoliberalism

23/1 **Feld, Lars P. / Necker, Sarah / Pfeil, Katharina:** Compliance Management in Research Institutes – Boon or Bane?

2022

22/9 **Bury, Yannick / Feld, Lars P. / Köhler Ekkehard A.:** Do Party Ties Increase Transfer Receipts in Cooperative Federalism? – Evidence from Germany

22/8 **Vanberg, Viktor:** Competitive Federalism, Individual Autonomy, and Citizen Sovereignty

22/7 **Burgstaller, Lilith / Feld, Lars P. / Pfeil, Katharina:** Working in the Shadow: Survey Techniques for Measuring and Explaining Undeclared Work

22/6 **Burgstaller, Lilith / Pfeil, Katharina:** You Don't Need an Invoice, Do You? An Online Experiment on Collaborative Tax Evasion

22/5 **Bury, Yannick / Feld, Lars P.:** Zum Zusammenhang zwischen kommunaler Finanzverfassung und kommunaler Finanzlage

22/4 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Palhuca, Leonardo / Schaltegger, Christoph A.:** Fiscal Federalism and Foreign Direct Investment – An Empirical Analysis

22/3 **Kolev, Stefan / Horn, Karen:** Walter Eucken on Competitive Order at the Founding Meeting of the Mont Pèlerin Society 1947

22/2 **Feld, Lars P. / Necker, Sarah / Pfeil, Katharina:** Compliance in außeruniversitären Forschungseinrichtungen

22/1 **Feld, Lars P. / Nientiedt, Daniel:** Hayekian Economic Policy

2021

21/10 **Feld, Lars P. / Reuter, Wolf Heinrich:** The German 'Debt Brake': Success Factors and Challenges¹

21/9 **Feld, Lars P.:** Freiheitliche Wirtschaftspolitik ist Ordnungspolitik. 15. Berliner Rede zur Freiheit

21/8 **Feld, Lars P. / Nöh, Lukas / Reuter, Wolf Heinrich / Yeter, Mustafa:** Von der Corona-bedingten Schuldenaufnahme zur Wiedereinhaltung der Schuldenbremse

21/7 **Schnellenbach, Jan:** The Concept of Ordnungspolitik: Rule-Based Economic Policy-Making from the Perspective of the Freiburg School

21/6 **Schnellenbach, Jan:** Herausforderungen für die Finanzpolitik in Deutschland nach der Covid-Krise: Schuldenbremse und Vermögensbesteuerung

- 21/5 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** Ordoliberalism and the Social Market Economy
- 21/4 **Bury Yannick / Feld, Lars P. / Burret, Heiko T.:** Skimming the Achieved? – Quantifying the Fiscal Incentives of the German Fiscal Equalization Scheme and its Reforms since 1970
- 21/3 **Le Maux, Benoît / Masclet, David / Necker, Sarah:** Monetary Incentives and the Contagion of Unethical Behavior
- 21/2 **Kolev, Stefan:** When Liberty Presupposes Order: F. A. Hayek’s Learning Ordoliberalism
- 21/1 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P. / Schaltegger, Christoph A.:** Fiscal Federalism and Economic Performance – New Evidence from Switzerland
- 2020
- 20/10 **Christofzik, Désirée / Feld, Lars P. / Yeter, Mustafa:** Heterogeneous Price and Quantity Effects of the Real Estate Transfer Tax in Germany
- 20/9 **Hirsch, Patrick / Köhler, Ekkehard A. / Feld, Lars P. / Thomas, Tobias:** “Whatever It Takes!” How Tonality of TV-News Affects Government Bond Yield Spreads During Crises
- 20/8 **Feld, Lars P.:** Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach dem Corona-Schock
- 20/7 **Feld, Lars P.:** Wohlstand für alle – Was das Versprechen heute bedeutet. Ein Vorwort
- 20/6 **Feld, Lars P.:** Wirtschaftskrisen der Zukunft
- 20/5 **Feld, Lars P. / Wieland, Volker:** The German Federal Constitutional Court Ruling and the European Central Bank’s Strategy
- 20/4 **Bury, Yannick / Feld, Lars P.:** Fiscal Federalism in Germany
- 20/3 **Vanberg, Viktor J.:** Walter Eucken’s Weg zum Ordoliberalismus
- 20/2 **Feld, Lars P.:** Verfahren zum Anleihekaufprogramm der EZB(2 BvR 859/15, 2 BvR 1651/15, 2 BvR 2006/15, 2 BvR 980/16). Stellungnahme zum Fragenkatalog für sachverständige Dritte
- 20/1 **Feld, Lars P. / Reuter, Wolf Heinrich / Yeter, Mustafa :** Öffentliche Investitionen: Die Schuldenbremse ist nicht das Problem
- 2019
- 19/6 **Kolev, Stefan:** Antipathy for Heidelberg, Sympathy for Freiburg? Vincent Ostrom on Max Weber, Walter Eucken, and the Compound History of Order
- 19/5 **Feld, Lars P. / Frey, Christian / Schaltegger, Christoph A. / Schmid, Lukas A.:** Fiscal Federalism and Income Inequality: An Empirical Analysis for Switzerland
- 19/4 **Goldschmidt, Nils / Wolf, Stephan:** Klimaschutz auf Kosten der Armen? Vorschläge für eine markt- und sozialverträgliche Umsetzung von CO₂-Steuern und des Emissionshandels
- 19/3 **Horn, Karen I.:** The Difficult Relationship Between Historical Ordoliberalism and Adam Smith
- 19/2 **Christofzik, Désirée / Feld, Lars P. / Yeter, Mustafa:** Öffentliche Investitionen: Wie viel ist zu wenig?
- 19/1 **Feld, Lars P. / Hirsch, Patrick:** Zur Grundsteuerreform
- 2018
- 18/13 **Doerr, Anabelle / Necker, Sarah:** Toward an Understanding of Collaborative Tax Evasion: A Natural Field Experiment With Businesses
- 18/12 **Bury, Yannick / Feld, Lars P.:** Die Heterogenität der kommunalen Haushalts- und Aufsichtsregeln als Herausforderung im vertikalisierten Fiskalföderalismus
- 18/11 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** The German Anti-Keynes? On Walter Eucken’s Macroeconomics
- 18/10 **Dathe, Uwe / Hedtke, Ulrich:** Habent sua fata professores. Joseph A. Schumpeter an Walter Eucken
- 18/09 **Feld, Lars P.:** The Quest for Fiscal Rules

- 18/08 **Pfeil, Christian F. / Feld, Lars P.:** Does the Swiss Debt Brake Induce Sound Federal Finances? A Synthetic Control Analysis
- 18/07 **Feld, Lars P.:** Zur Politischen Ökonomik der wirtschaftspolitischen Beratung: Der Sachverständigenrat als ordnungspolitisches Gewissen?
- 18/06 **Koessler, Ann-Kathrin / Torgler, Benno / Feld, Lars P. / Frey, Bruno S:** Commitment to Pay Taxes: Results from Field and Laboratory Experiments
- 18/05 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Wolfinger, Julia:** Modeling Fiscal Sustainability in Dynamic Macro-Panels with Heterogeneous Effects: Evidence From German Federal States
- 18/04 **Burret, Heiko T. / Bury, Yannick / Feld, Lars P.:** Grenzabschöpfungsraten im deutschen Finanzausgleich
- 18/03 **Vanberg, Viktor J.:** Individual Choice and Social Welfare. Theoretical Foundations of Political Economy
- 18/02 **Feld, Lars P. / Schaltegger, Christoph A. / Studerus, Janine:** Regional Risk Sharing and Redistribution – the Role of Fiscal Mechanisms in Switzerland
- 18/01 **Andritzki, Jochen / Christofzik, Désiree I. / Feld, Lars P. / Scheuring, Uwe:** A Mechanism to Regulate Sovereign Debt Restructuring in the Euro Area
- 2017
- 17/03 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** The “Dark Ages” of German Macroeconomics and Other Alleged Shortfalls in German Economic Thought
- 17/02 **Doerr, Annabelle:** Back to work: The Long-term Effects of Vocational Training for Female Job Returners*
- 17/01 **Baskaran, Thushyanthan / Feld, Lars P. / Necker, Sarah:** Depressing dependence? Transfers and economic growth in the German States, 1975-2005
- 2016
- 16/08 **Fitzenberger, Bernd / Furdas, Marina / Sajons, Christoph:** End-of-Year Spending and the Long-Run Employment Effects of Training Programs for the Unemployed
- 16/07 **Sajons, Christoph:** Birthright Citizenship and Parental Labor Market Integration
- 16/06 **Pfeil, Christian F.:** Electoral System Change and Spending: Four Quantitative Case Studies
- 16/05 **Sajons, Christoph:** Information on the ballot, voter satisfaction and election turnout
- 16/04 **Vanberg, Viktor J.:** Social Contract vs. Invisible Hand: Agreeing to Solve Social Dilemmas
- 16/03 **Feld, Lars P. / Ruf, Martin / Schreiber, Ulrich / Todtenhaupt, Maximilian / Voget, Johannes:** Taxing Away M&A: The Effect of Corporate Capital Gains Taxes on Acquisition Activity
- 16/02 **Baskaran, Thushyanthan / Feld, Lars P. / Schnellenbach, Jan:** Fiscal Federalism, Decentralization and Economic Growth: A Meta-Analysis
- 16/01 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P.:** Vertical Effects of Fiscal Rules – The Swiss Experience
- 2015
- 15/11 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Fiscal Sustainability of the German Laender. Time Series Evidence
- 15/10 **Feld, Lars P. / Fritz, Benedikt:** The Political Economy of Municipal Amalgamation. Evidence of Common Pool Effects and Local Public Debt
- 15/9 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** (Un-)Sustainability of Public Finances in German Laender. A Panel Time Series Approach
- 15/8 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Is Switzerland an Interest Rate Island After All? Time Series and Non-Linear Switching Regime Evidence
- 15/7 **Doerr, Annabelle / Fitzenberger, Bernd:** Konzeptionelle Lehren aus der ersten Evaluationsrunde der Branchenmindestlöhne in Deutschland

- 15/6 **Vanberg, Viktor J.:** Constitutional Political Economy
- 15/5 **Vanberg, Viktor J.:** Competitive Federalism, Government's Dual Role, and the Power to Tax
- 15/4 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** Ordoliberalism, Pragmatism and the Eurozone Crisis: How the German Tradition Shaped Economic Policy in Europe
- 15/3 **Vanberg, Viktor:** "Freiheit statt Kapitalismus?" Ein Kommentar zu Sahra Wagenknechts Buch aus Freiburger Sicht
- 15/2 **Schnellenbach, Jan:** A Constitutional Economics Perspective on Soft Paternalism
- 15/1 **Schnellenbach, Jan:** Die Politische Ökonomie des Entscheidungsdesigns: Kann Paternalismus liberal sein?
- 2014
- 14/8 **Schnellenbach, Jan:** Neuer Paternalismus und individuelle Rationalität: eine ordnungsökonomische Perspektive
- 14/7 **Schnellenbach, Jan:** Does Classical Liberalism Imply an Evolutionary Approach to Policy-Making?
- 14/6 **Feld, Lars P.:** James Buchanan's Theory of Federalism: From Fiscal Equity to the Ideal Political Order
- 14/5 **Reckendrees, Alfred:** Weimar Germany: the First Open Access Order that Failed
- 14/4 **Vanberg, Viktor J.:** Liberalismus und Demokratie. Zu einer vernachlässigten Seite der liberalen Denktradition
- 14/3 **Schnellenbach, Jan / Schubert, Christian:** Behavioral Public Choice: A Survey
- 14/2 **Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar / Kolev, Stefan:** Walter Eucken's Role in the Early History of the Mont Pèlerin Society
- 14/1 **Vanberg, Viktor J.:** Ordnungspolitik, the Freiburg School and the Reason of Rules
- 2013
- 13/14 **Wegner, Gerhard:** Capitalist Transformation Without Political Participation – German Capitalism in the First Half of the 19th Century
- 13/13 **Necker, Sarah / Voskort, Andrea:** The Evolution of Germans' Values since Reunification
- 13/12 **Biedenkopf, Kurt:** Zur ordnungspolitischen Bedeutung der Zivilgesellschaft
- 13/11 **Feld, Lars P. / Ruf, Martin / Scheuering, Uwe / Schreiber, Ulrich / Voget, Johannes:** Effects of Territorial and Worldwide Corporation Tax Systems on Outbound M&As
- 13/10 **Feld, Lars P. / Kallweit, Manuel / Kohlmeier, Anabell:** Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut: Makroökonomische Folgen und Verteilungseffekte
- 13/9 **Feld, Lars P.:** Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder: Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr.
- 13/8 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Is Switzerland After All an Interest Rate Island?
- 13/7 **Feld, Lars P. / Necker, Sarah / Frey, Bruno S.:** Happiness of Economists
- 13/6 **Feld, Lars P. / Schnellenbach, Jan:** Political Institutions and Income (Re-)Distribution: Evidence from Developed Economies
- 13/5 **Feld, Lars P. / Osterloh, Steffen:** Is a Fiscal Capacity Really Necessary to Complete EMU?
- 13/4 **Vanberg, Viktor J.:** James M. Buchanan's Contractarianism and Modern Liberalism
- 13/3 **Vanberg, Viktor J.:** Föderaler Wettbewerb, Bürgersouveränität und die zwei Rollen des Staates
- 13/2 **Bjørnskov, Christian / Dreher, Axel / Fischer, Justina A.V. / Schnellenbach, Jan / Gehring, Kai:** Inequality and happiness: When perceived social mobility and economic reality do not match
- 13/1 **Mayer, Thomas:** Die Ökonomen im Elfenbeinturm: ratlos - Eine österreichische Antwort auf die Krise der modernen Makroökonomik und Finanztheorie

2012

- 12/5 **Schnellenbach, Jan:** The Economics of Taxing Net Wealth: A Survey of the Issues
- 12/4 **Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar:** Eucken, Hayek, and the Road to Serfdom
- 12/3 **Goldschmidt, Nils:** Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels
- 12/2 **Feld, Lars P.:** Europa in der Welt von heute: Wilhelm Röpke und die Zukunft der Europäischen Währungsunion
- 12/1 **Vanberg, Viktor J.:** Hayek in Freiburg

2011

- 11/4 **Leuermann, Andrea / Necker, Sarah:** Intergenerational Transmission of Risk Attitudes - A Revealed Preference Approach
- 11/3 **Wohlgemuth, Michael:** The Boundaries of the State
- 11/2 **Feld, Lars P. / Köhler Ekkehard A.:** Zur Zukunft der Ordnungsökonomik
- 11/1 **Vanberg, Viktor J.:** Moral und Wirtschaftsordnung: Zu den ethischen Grundlagen einer freien Gesellschaft

2010

- 10/5 **Bernholz, Peter:** Politics, Financial Crisis, Central Bank Constitution and Monetary Policy
- 10/4 **Tietmeyer, Hans:** Soziale Marktwirtschaft in Deutschland - Entwicklungen und Erfahrungen
- 10/3 **Vanberg, Viktor J.:** Freiheit und Verantwortung: Neurowissenschaftliche Erkenntnisse und ordnungsökonomische Folgerungen
- 10/2 **Vanberg, Viktor J.:** Competition among Governments: The State's Two Roles in a Globalized World
- 10/1 **Berghahn, Volker:** Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das 'Amerikanische Jahrhundert'

2009

- 09/10 **Dathe, Uwe:** Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)
- 09/9 **Wohlgemuth, Michael:** Diagnosen der Moderne: Friedrich A. von Hayek
- 09/8 **Bernhardt, Wolfgang:** Wirtschaftsethik auf Abwegen
- 09/7 **Mäding, Heinrich:** Raumplanung in der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Vortrag
- 09/6 **Koenig, Andreas:** Verfassungsgerichte in der Demokratie bei Hayek und Posner
- 09/5 **Berthold, Norbert / Brunner, Alexander:** Gibt es ein europäisches Sozialmodell?
- 09/4 **Vanberg, Viktor J.:** Liberal Constitutionalism, Constitutional Liberalism and Democracy
- 09/3 **Vanberg, Viktor J.:** Consumer Welfare, Total Welfare and Economic Freedom – On the Normative Foundations of Competition Policy
- 09/2 **Goldschmidt, Nils:** Liberalismus als Kulturideal. Wilhelm Röpke und die kulturelle Ökonomik.
- 09/1 **Bernhardt, Wolfgang:** Familienunternehmen in Zeiten der Krise – Nachhilfestunden von oder für Publikumsgesellschaften?

2008

- 08/10 **Borella, Sara:** EU-Migrationspolitik. Bremse statt Motor der Liberalisierung.
- 08/9 **Wohlgemuth, Michael:** A European Social Model of State-Market Relations: The ethics of competition from a „neo-liberal“ perspective.
- 08/8 **Vanberg, Viktor J.:** Markt und Staat in einer globalisierten Welt: Die ordnungsökonomische Perspektive.
- 08/7 **Vanberg, Viktor J.:** Rationalität, Regelbefolgung und Emotionen: Zur Ökonomik moralischer Präferenzen. Veröffentlicht in: V. Vanberg: Wettbewerb und Regelordnung, Tübingen: Mohr, 2008, S. 241-268.

- 08/6 **Vanberg, Viktor J.:** Die Ethik der Wettbewerbsordnung und die Versuchungen der Sozialen Marktwirtschaft
- 08/5 **Wohlgemuth, Michael:** Europäische Ordnungspolitik
- 08/4 **Löwisch, Manfred:** Staatlicher Mindestlohn rechtlich gesehen – Zu den gesetzgeberischen Anstrengungen in Sachen Mindestlohn
- 08/3 **Ott, Notburga:** Wie sichert man die Zukunft der Familie?
- 08/2 **Vanberg, Viktor J.:** Schumpeter and Mises as ‘Austrian Economists’
- 08/1 **Vanberg, Viktor J.:** The ‘Science-as-Market’ Analogy: A Constitutional Economics Perspective.
- 2007
- 07/9 **Wohlgemuth, Michael:** Learning through Institutional Competition. Veröffentlicht in: A. Bergh und R. Höijer (Hg.). Institutional Competition, Cheltenham: Edward Elgar, 2008, S. 67-89.
- 07/8 **Zweynert, Joachim:** Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen.
- 07/7 **Körner, Heiko:** Soziale Marktwirtschaft. Versuch einer pragmatischen Begründung.
- 07/6 **Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice, Preferences over Actions and Rule-Following Behavior.
- 07/5 **Vanberg, Viktor J.:** Privatrechtsgesellschaft und ökonomische Theorie. Veröffentlicht in: K. Riesenhuber (Hg.) Privatrechtsgesellschaft – Entwicklung, Stand und Verfassung des Privatrechts, Tübingen: Mohr Siebeck, 2008, S. 131-162.
- 07/4 **Goldschmidt, Nils / Rauchenschwandtner, Hermann:** The Philosophy of Social Market Economy: Michel Foucault’s Analysis of Ordoliberalism.
- 07/3 **Fuest, Clemens:** Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht?
- 07/2 **Pelikan, Pavel:** Public Choice with Unequally Rational Individuals.
- 07/1 **Voßwinkel, Jan:** Die (Un-)Ordnung des deutschen Föderalismus. Überlegungen zu einer konstitutionenökonomischen Analyse.
- 2006
- 06/10 **Schmidt, André:** Wie ökonomisch ist der „more economic approach“? Einige kritische Anmerkungen aus ordnungsökonomischer Sicht.
- 06/9 **Vanberg, Viktor J.:** Individual Liberty and Political Institutions: On the Complementarity of Liberalism and Democracy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 4, Nr. 2, 2008, S. 139-161.
- 06/8 **Goldschmidt, Nils:** Ein „sozial temperierter Kapitalismus“? – Götz Briefs und die Begründung einer sozialetisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft. Veröffentlicht in: Freiburger Universitätsblätter 42, Heft 173, 2006, S. 59-77.
- 06/7 **Wohlgemuth, Michael / Brandi, Clara:** Strategies of Flexible Integration and Enlargement of the European Union. A Club-theoretical and Constitutional Economics Perspective. Veröffentlicht in: Warwick, J. / Lang. K.O. (Eds.): European Neighbourhood Policy, Opladen: Budrich, 2007, S. 159-180.
- 06/6 **Vanberg, Viktor J.:** Corporate Social Responsibility and the “Game of Catallaxy”: The Perspective of Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy, Vol. 18, 2007, S. 199-222.
- 06/5 **Pelikan, Pavel:** Markets vs. Government when Rationality is Unequally Bounded: Some Consequences of Cognitive Inequalities for Theory and Policy.
- 06/4 **Goldschmidt, Nils:** Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialetischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive? Veröffentlicht in: D. Aufderheide, M. Dabrowski (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische Perspektiven für den Pflegesektor, Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 53-81.
- 06/3 **Marx, Reinhard:** Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre.

- 06/2 **Vanberg, Viktor J.:** Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy Volume 11, Number 1, März 2000, S. 87-112 und in: Casas Pardo, J., Schwartz, P.(Hg.): Public Choice and the Challenges of Democracy, Cheltenham: Edward Elgar, 2007, S. 101-120.
- 06/1 **Wohlgemuth, Michael:** Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt. Veröffentlicht in: R. Clapham, G. Schwarz (Hrsg.): Die Fortschrittsidee und die Marktwirtschaft, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2006, S. 131-162.
- 2005
- 05/13 **Kersting, Wolfgang:** Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen. In erweiterter Fassung veröffentlicht als: Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 173, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.
- 05/12 **Vanberg, Viktor J.:** Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik. Veröffentlicht in: G. Abel (Hrsg.): Kreativität. XX. Deutscher Kongress für Philosophie. Kolloquiumsbeiträge, Hamburg: Meiner 2006, S. 1101-1128.
- 05/11 **Vanberg, Viktor J.:** Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“. Veröffentlicht in: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 5: „Soziale Sicherung in Marktgesellschaften“, hrsg. von M. Held, G. Kubon-Gilke, R. Sturn, Marburg: Metropolis 2006, S. 39-69.
- 05/10 **Goldschmidt, Nils:** Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 289-313.
- 05/9 **Wohlgemuth, Michael:** Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 359-392.
- 05/8 **Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.
- 05/7 **Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/6 **Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/5 **Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/4 **Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/3 **Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change. In veränderter Fassung veröffentlicht in: Journal of Economic Issues, Vol. 40, 2006, S. 895-918.
- 05/2 **Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/1 **Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.

Eine Aufstellung über weitere Diskussionspapiere ist auf der Homepage des Walter Eucken Instituts erhältlich.